

B Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

61. Jahrgang / Heft 133 • www.ubv.at • September 2020

Alte Gewohnheiten schaffen keine neuen Chancen.

Graffiti

Bauerneinkommen nur 916 Euro pro Monat

Aufgerechnet auf 14 Monatsgehälter überhaupt nur 785 Euro pro Monat. Das bestätigt der Grüne Bericht. Inflationsanpassung der Direktzahlungen dringend notwendig.

Die Auswertung der Buchführungsdaten von knapp 2.000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ergibt im Jahr 2019 ein Jahreseinkommen von 27.966 Euro je Betrieb. Zum Vergleich: 2011 waren es noch 36.000 Euro, also um 30 % mehr.

Wenn man das Jahreseinkommen 2019 auf die am Hof arbeitenden Arbeitskräfte umlegt, ergibt das 19.000 Euro je Arbeitskraft. Zieht man davon die Sozialversicherungsbeiträge ab, kommt man nur mehr auf 11.000 Euro. Das ergibt dann einen Monatslohn von 916 Euro für 12 Monate. Würde man auf 14 Monate rechnen, kommt man auf sage und schreibe nur 785 Euro, also weniger als die durchschnittliche Bauernpension. Dabei ist zu bedenken, dass diese mit durchschnittlich 850 Euro die niedrigste aller Pensionen ist.

Alle Landwirtschaftsminister seit

1986, alle Kammerpräsidenten und beinahe alle Agrarlandesräte kommen vom Bauernbund (ÖVP) und sind für die desaströse Einkommenssituation der Österreichischen Land- und Forstwirte verantwortlich.

Im Landwirtschaftsgesetz steht als agrarpolitische Aufgabe konkret unter anderem: „Den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen ist die Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen“. Weiters sind alle Eckpunkte festgeschrieben, welche die Politik umsetzen müsste, damit die Bauern die Ernährungssouveränität des Landes absichern können, auch um damit an der Wohlstandsentwicklung teilhaben können. Die Realität sieht aber anders aus.

Für uns Landwirte hat die parteipolitische Interessensvertretung (BB) nichts erreicht. Mit diesen Ergebnissen ist der Bauernbund nicht mehr prädestiniert, die Land- und Forstwirte zu vertreten.

Der UBV ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.



KR Hannes Winklehner

SVS: Nur 0,7% Entlastung für die Bauern

1.030.000.000 Euro beträgt der Sozialversicherungsbeitrag, also 1.030 Millionen Euro pro Jahr. Die Gutschrift von 7,2 Millionen Euro, die bei der Vorschreibung für das 3. Quartal berücksichtigt wird, sind bloß 0,7 % des Jahresbeitrages. Wenn beim Bauerneinkommen 3 Milliarden fehlen, ist das nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein, erklärt UBV Generalsekretär KR Hannes Winklehner. Wenn man die 7,2 Millionen Euro auf die aktuell 162.000 bäuerlichen Betriebe umlegt, sind das im Durchschnitt 44 Euro pro Hof im Jahr. Bauernbund-Ministerin Köstinger braucht sich mit diesem Ergebnis nicht zu brüsten, das ist wahrlich keine Meisterleistung. Man bedanke, dass die SV-Beträge ohnehin jährlich erhöht werden.

So kann Berufsvertretung nicht funktionieren

UBV Kärnten

Als der Einheitswert erfunden wurde, ging man davon aus, dass die möglichst genaue Erfassung der natürlichen Ertragsbedingungen die Einkommenslage ziemlich genau widerspiegelt und so eine gerechte Besteuerung möglich ist. Heute aber ist klar, dass politische Entscheidungen und unternehmerisches Geschick in hohem Maße für das Einkommen mitverantwortlich sind. Ist damit der Einheitswert noch eine sinnvolle Kennzahl für monetäre Entscheidungen?

In dieser Ausgabe der Unabhängigen Bauernzeitung wird das zurzeit wohl aktuellste und in seinem Inhalt widersprüchlichste Thema behandelt, nämlich die Erhöhung der Einheitswerte. Es wird klar aufgezeigt, wie weit sich die Berufsvertretung von der tatsächlichen Entwicklung in der Land- und Forstwirtschaft entfernt hat.

Der Einheitswert ist ein Ertragswert, welcher aber bei seiner Feststellung in keinem Zusammenhang mit den tatsächlichen Geldflüssen steht. Er ist somit ein fiktiv festgestellter Wert, der als Grundlage für die Berechnung zahlreicher Abgaben, Steuern und Beiträge dient.

Entwicklung der Ertragslage in den letzten 30 Jahren

Im Forderungspapier der Landwirtschaftskammerpräsidenten vom 8. März 2012 zur Neufeststellung der Einheitswerte finden sich Forderungen, welche in keinsten Weise zur tatsächlichen Entwicklung stehen. Schon die Grundsatzforderung, dass der Einheitswert mindestens 100 Prozent zu „derzeit“ betragen soll, lässt sich durch nichts rechtfertigen. Die Ertragslage ist in den letzten 30 Jahren trotz Ausgleichszahlungen zurückgegangen. Somit hätten die Einheitswerte abgesenkt werden müssen.

Die wohl unsinnigste Forderung der Kammerpräsidenten war: Einheitswertsumme in der Forstwirtschaft etwas höher ansetzen (es besteht ein gewisser Spielraum unter Berücksichtigung der Wertschöpfungsrelation im Vergleich zu den Einheitswerten). Mit solchen Forderungen, dass die Forstwirtschaft heute noch einen gewissen Spielraum hat und somit freie Geldmittel für höhere Abgaben möglich sind, ist man nicht einmal annähernd an der Realität. Die öffentlichen Gelder wurden beim EU-Beitritt als Ausgleich für die damals im EU-Raum niedrigen Erzeugerpreise geschaffen. Diese öffentlichen Gelder stellen somit keine Ertragssteigerung dar. Wenn nun bei der Einheitswertfeststellung die Einberechnung von 1/3 der öffentlichen Gelder in den Einheitswert gefordert wurde, so gibt es dafür keine vernünftige Erklärung, außer dass den bäuerlichen Betrieben das Geld entzogen wird, welches für die notwendige Betriebsführung fehlt.

Der Verfassungsgerichtshof hat ausschließlich Abgaben bei Vermögensübertragungen, welche vom Einheitswert berechnet wurden, als dem Gleichheitssatz widersprechend aufgehoben. Das war die Berechnung der Erbschaftsteuer (VfSlg. 18.093(2007), die Berechnung

der Schenkungssteuer (VfSlg. 18.147/2007) und die Grunderwerbssteuer (VfSlg. 19.701/2012). Gleichzeitig wurde aber klar ausgesprochen, dass das Einheitswertsystem zulässig ist.

Es wurde vom Höchstgericht in keinsten Weise eine Erhöhung der Einheitswerte gefordert, noch wurde die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge vom Einheitswert beanstandet. Während bei anderen Berufsgruppen Lohnerhöhungen und Tarifierpassungen zumindest in der Höhe der Inflation gefordert und auch durchgesetzt werden, ist die Forderung der bäuerlichen Vertretung nach (Einheitswerterhöhung) Abgabenerhöhung unverständlich.

UBV / Plattform für Bauerninteressen

Heimo Urbas
Erwin Possegger

Drastische Einheitswerterhöhung
Wie sollen Bauern die hohen
SV-Beiträge finanzieren?

Hohe Rotwildbestände und Wildschäden
Mit welchen Möglichkeiten können
sich Bauern dagegen wehren?

Hohe Fremdkapitalbelastung
und hohe Abgaben
Müssen Bauern tatenlos zusehen?

**Schreib uns deine
Erfahrung/Meinung!**
**Nur so können wir im Interesse
der Bauern auftreten.**
**office@ubv.at oder
per WhatsApp 0650 2624245**

Plattform für Bauerninteressen kooperiert mit UBV

Klare Forderungen ohne parteipolitischen Hintergrund und Bauern das Überleben ermöglichen – das waren die Beweggründe zum Aufbau der Kärntner Plattform. Der UBV bietet dazu die politische Präsenz, politisches wie mediales Gewicht, bewährte Infrastruktur und eine gewachsene Verankerung in der Bauernschaft. Beste Voraussetzungen für eine gelingende Kooperation. Heimo Urbas, Bauer im Liesertal, gibt weitere Einblicke.

Jetzt gibt es erstmals das freudige Ereignis, dass auch die Kärntner Bauern ein unabhängiges Informationsblatt, nämlich eine UNABHÄNGIGE BAUERNZEITUNG, in Händen halten.

Die Beweggründe

Die Bauern müssen zur Kenntnis nehmen, dass durch die Politik die Rahmenbedingungen so verändert wurden und werden, dass ein Auskommen mit dem Einkommen nicht mehr möglich ist.

Vieles liegt auch daran, dass den Bauern eine Vertretung, welche wirklich Bauerninteressen vertritt, abhandeln gekommen ist:

1. Es ist unbestritten und beweisbar, dass die Landwirtschaftskammerpräsidenten für die Abschaffung der Mutterkuhprämie waren,
2. dass der Agrardiesel abgeschafft wurde,
3. dass die Milchquote entschädigungslos ausgelaufen ist,
4. dass die Einheitswerterhöhung, trotz sinkender Erträge, von den Bauernvertretern gefordert wurden und
5. dass es zu keiner Inflationsanpassung der Direktzahlungen kommt.

Solch eine Vorgangsweise können die Bauern nicht mehr akzeptieren. Warum sollen wir immer nur Entscheidungen von Anderen fordern ohne selbst aktiv zu werden?

Start mit Almfutterflächen

Die ersten Schritte wurden durch die Plattform Almfutterflächen gesetzt. Wenn Flächen mit neuen Messmethoden erfasst werden, sind die entkoppelten Prämien auf diese neuen Flächen aufzuteilen – so die Feststellung des EUGH nach fast 8-jährigem Verfahren. Trotz Anträgen in der Kammervollversammlung, dies dann auch so umzusetzen, wurden diese Anträge vom Kammervorstand abgelehnt. Als Plattform für Bauerninteressen versuchen wir jetzt die völlig unsachliche und durch Nichts gerechtfertigte Einheitswerterhöhung zu sanieren. Auch dieser Weg wird ein langer und spannender werden.

So treten wir auf

Um in Zukunft österreichweit im Interesse der Bauern ein entsprechendes Gewicht zu haben, werden wir – die Plattform für Bauerninteressen – aus diesen Gründen gemeinsam mit dem Unabhängigem Bauernverband Österreich auftreten.

Dieses Auftreten erfolgt ohne jeglichen politischen Einfluss. Jeder Bauer, der am Fortbestand einer funktionierenden Land- und Forstwirtschaft und vor allem am Fortbestand seines eigenen Hofes interessiert ist, ist eingeladen diesen Weg mitzugehen.

Das bietet uns der UBV

Um diese Aktion und die anfallende Arbeit bewältigen zu können, braucht es natürlich Strukturen und mit En-

gagement handelnde Menschen. Der Unabhängige Bauernverband verfügt über ein Sekretariat und über die strukturellen Möglichkeiten, um ein unabhängiges Informationsblatt herauszugeben. Unabhängige Information ist eines der wichtigsten Dinge, damit sich die Bauern ein eigenes bzw. parteipolitisch neutrales Bild machen können.

Es besteht die Möglichkeit und die Bitte, dies in Form eines Mitgliedsbeitrages von 50 oder 70 oder 100 Euro zu unterstützen. Die Verwaltung des Mitgliedsbeitrages und die Mitgliedschaft erfolgt dadurch beim Unabhängigem Bauernverband Österreich, um Parallelstrukturen zwischen Plattform und Bauernverband zu vermeiden.



Bauernvertretung muss frei von Parteipolitik sein.

Aus der Krise lernen

UBV NÖ

Die Corona-Krise zeigt deutlich, wie verwundbar unsere heutige Konsumgesellschaft durch die schrankenlose Globalisierung geworden ist.

Wenn die lokalen Nahversorger, Bauern und Lebensmittelhändler durch den massiven Preisdruck, der von den großen Supermarktketten ausgeht, vom Markt verdrängt werden, wenn die Produktion von Medikamenten, Schutzmasken etc. aus Kostengründen ausgelagert wird und das Gesundheitssystem nur funktioniert, wenn genügend ausländische Pflegekräfte verfügbar sind und wenn auch die Gemüse- und Obsternte nur mit Fachkräften aus dem Ausland bewältigt werden kann, dann ist es geboten, das gegenwärtige Wirtschaftssystem infrage zu stellen.

In Krisenzeiten – so scheint es – wird es Vielen erst wieder bewusst, wie wichtig eine heimische Le-

bensmittelversorgung sowie eine innerstaatliche Grundversorgung im Gesundheitsbereich sind. Eine sichere Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten gibt es nur bei Ernährungssouveränität. Unter Ernährungssouveränität versteht man das Vermögen eines Landes, sich selbst zu ernähren und entscheiden zu können, wie und womit man sich ernährt. Demnach müsste jedes Land die Möglichkeit haben, die eigene Landwirtschaft nach außen zu schützen, wenn faire Wettbewerbsbedingungen und Kostenwahrheit fehlen, was aber unter den Rahmenbedingungen des neoliberalen EU-Binnenmarktes nicht möglich ist. Eine globalisierte Wirtschaft ohne anerkannte Spielregeln und überprüfbare Kriterien zerstört

grundsätzlich die Sinnhaftigkeit der auf Pflege und langfristigen Erhalt ausgerichteten bäuerlichen Arbeit.

Wozu Bauer sein, wenn Rindfleisch aus Argentinien billiger zu haben ist als inländisches, wenn Obst und Gemüse aus der südspanischen Provinz Almeria, jenem Gebiet mit der weltweit größten Konzentration von Intensivkultur, zu Billigpreisen bei uns angeboten wird? Kaum jemand verschwendet beim Einkauf einen Gedanken an die Produktionsbedingungen im Herkunftsland, die diesen Luxus ermöglichen.

Wenn die Gesellschaft auch in Krisenzeiten Ernährungssicherheit haben will, dann darf der billigste Preis nicht das einzige Kriterium sein, das beim Lebensmitteleinkauf zählt. Unsere Bauern sind nicht nur Anbieter von gesunden Lebensmitteln, sondern sorgen auch für die Erhaltung von Erholungs- und Kulturlandschaften und leisten somit einen wertvollen Beitrag zu Tourismus, Wohlstand sowie zur Lebensqualität unseres Heimatlandes.

Eine Gesellschaft, die ihre Ernährungssouveränität aufrechterhalten will, muss sich zum Schutz einer bäuerlichen Landwirtschaft vom „Freihandelszwang“ befreien. Ebenso wichtig ist es, die dramatische Bodenversiegelung, das Zubetonieren von bestem Ackerland zu stoppen!

Wer glaubt, man könne auch weiterhin unbegrenzt auf ökologischem und sozialem Kredit leben, hat aus der Corona-Krise nichts gelernt.



Es ist Unsinn, Ernährungssouveränität anzustreben, gleichzeitig aber bestes Ackerland zu verbauen. Es wird lange dauern, bis auf diesem Grundstück wieder Mais, Getreide oder andere Früchte wachsen.

Erich Zahnt, Gaming

LKR Hubert Buchinger stellt klar

Bei der LLWK-Vollversammlung am 29. Juni 2020 in St. Pölten standen einige Forderungen des UBV zur Abstimmung (s. Seite 8/9), und LKR Hubert Buchinger erläuterte die Position und die Hintergründe vor den Vertretern des BB, denn andere Fraktionen sind ja nicht vertreten.

Der UBV ist auch in dieser Periode wieder zur Wahl angetreten, da wir dringend positive Richtungsänderungen in der Land- und Forstwirtschaft benötigen. Uns ist auch bewusst, dass man für gesetzliche Änderungen die politische Vertretung im Nationalrat bzw. im Landtag benötigt. Dies haben wir auch bei der letzten Kammerperiode mit einer Partei versucht, bei der wir vorher Gemeinsamkeiten gesehen haben. Was dabei herauskam, war enttäuschend.

Ähnlich ist es auch beim Bauernbund. 30 Jahre haben wir einen Landwirtschaftsminister, der von der ÖVP bzw. dem BB gestellt wird!

Und das sind die Resultate:

- 40 Jahre gleiche Erzeugerpreise, bei mehreren Produkten sogar weniger
- Ausgleichszahlungen ohne Indexanpassung
- Laut Grünen Bericht haben wir im Kammerbezirk Waidhofen/Ybbs einen Stundenlohn von 2,50 Euro
- Einheitswerterhöhung trotz jährlicher Mindererlöse
- Enteignung der zum Teil teuer erworbenen Milchquoten
- Handelsabkommen wo die Landwirtschaft die Zeche bezahlt usw.

Eigenversorgung und Landschaftspflege

In der Corona-Krise hat die österreichische Landwirtschaft gezeigt, wie wichtig eine Eigenversorgung der österreichischen

Bevölkerung ist. Dies wurde auch in den Medien und in der breiten Öffentlichkeit geschätzt. Darum glauben wir, dass jetzt der mögliche und richtige Zeitpunkt ist, um endlich wieder ein ansehnliches Einkommen in die landwirtschaftlichen Betriebe zu bringen, damit die Versorgungssicherheit auch in Krisenzeiten gewährleistet ist und die Pflege unserer Kultur- und Erholungslandschaft erhalten bleibt. Die Pflege von einem Hektar Kulturlandschaft neben der Autobahn kostet 60.000 Euro pro Jahr.

Klare Forderungen und Wille zur Mitgestaltung

Die Vertreter des BB vermitteln uns immer den Eindruck, sie hätten so gut verhandelt und auch negativere Auswirkungen auf die Landwirtschaft verhindert. Die Verhandlungsergebnisse und Aussagen des Bauernbundpräsidenten bezüglich Erleichterungen, damit die Landwirtschaft wieder Zukunft hat, sind meiner Meinung nach nicht einmal das Papier wert. Wenn wir jetzt nach dieser kritischen Zeitperiode nicht den Mut haben, unsere Bedürfnisse und Forderungen klar auf den Tisch zu legen, ja wann dann?

Wir vom UBV wollen nicht nur kritisieren, sondern wir haben auch Vorschläge zur Rettung und Absicherung unserer Betriebe eingebracht. Wir wollen uns auch aktiv in Verhandlungen und Entscheidungsprozesse einbringen. Was wir brauchen sind klare Spielre-

geln für Fairness und Vergleichbarkeit im Handel mit Produkten der Land- und Forstwirtschaft.

Eine weitere zentrale Forderung des UBV ist:

Was ist ein Hektar gepflegtes Kulturland wert? Hier fordern wir einen Vertrag mit der Republik Österreich, den schon vor Jahren Vizekanzler und Landwirtschaftsminister DI Josef Riegler bereits gefordert hat.

Da wir der Meinung sind, dass wir auch in Zukunft durch die bereits ausverhandelten Handelsabkommen keine besseren Produktpreise erwirtschaften können, sehen wir als einzigen Ausweg ein Einkommen durch die Pflege von Kulturland, welches bislang von den Bäuerinnen und Bauern gratis zur Verfügung gestellt wurde.

Ich bitte den BB diese Forderungen aufzugreifen und damit in Verhandlungen mit den Entscheidungsträgern zu treten.



Herbert Buchinger legt den Vertretern des BB die Position des UBV dar.

Bauernzeitung, 9.9.2020

27.966 Euro

Kaum ein Bericht im Agrarbereich hat jedes Jahr mehr Aufreger-Potenzial als der „Grüne Bericht“, vor allem was die Entwicklung der bäuerlichen Einkommen betrifft. Tausende Zahlen finden sich darin, die meisten in Tabellen und Statistiken gegossen, und diese bestätigen, was sich im vergangenen Jahr früh abgezeichnet hat: Ernteverluste quer Beet am Acker, im Obst- und Weinbau durch Wetterextreme; erneut Spitzenwerte beim Schadholzanfall durch den Borkenkäfer; Absatz- und Preisschwankungen in der Nutztierhaltung, oft durch

globale Markteinflüsse. All das spiegelt sich stets umgehend im Einkommen der Landwirte wider. Und das selbst bei Top-Erntemengen selten positiv.

Fest steht: Auch 2019 war für die Bauern wieder ein schwieriges Jahr. Schweinebauern durften sich vorübergehend über gute Preise freuen, den Getreide-, Obst- und Weinbauern oder Grünland- und Waldbauern (darunter viele Bergbauern) hat es oft hohe Verluste beschert. Als durchschnittliches Betriebs-einkommen blieben unter dem Strich: 27.966 Euro. Um 0,2 % weniger als noch 2018 und nahezu unverändert seit mehreren Jahren.

Laut Unabhängigem Bauernverband komme das „rein rechnerisch“ einem Monatsgehalt von 916 Euro gleich, mit 13./14. nur 785 Euro. Weniger als eine übliche Bauernpension. Stimmt, es sollte vielen Menschen zu denken geben, wie schlecht es hierzulande den meisten Landwirten finanziell geht.

Die Rechnung geht sich für die Mehrzahl kaum noch aus. Noch zählt Österreich knapp 162.000 Bauernhöfe, zwei von drei im Nebenerwerb. Rein als Vollerwerbsbauern hätten viele längst zusperren müssen.

*Kommentar von
Bernhard Weber, Chefredakteur.
bernhard.weber@bauernzeitung.at*

top agrar, 9.9.2020, gekürzt

Einkommen aus den Wäldern sinkt weiter

Diese Woche wurde der Grüne Bericht über das Wirtschaftsjahr 2019 vom Ministerrat abgesegnet. Die darin penibel aufgelisteten Zahlen sind alarmierend. Besonders wegen der schlechten Holzpreise wird das Einkommen aus den Wäldern auch heuer weiter sinken.

Die Eckdaten bei den Bauereinkommen des letzten Jahres sind schon länger bekannt, top agrar berichtete. Einkommensmäßig bewegten sich die Bauern auf dem Niveau von 2016. So müssen die Bauern in Österreich rein rechnerisch mit einem Monatslohn von nur noch 916 Euro klarkommen, kritisierte der UBV umgehend. Darauf bei einer Gesprächsrunde mit Agrarjournalisten angesprochen, empfand Mag. Gernot

Maier, Generalsekretär des Landwirtschaftsministeriums (BMLRT), die UBV-Rechnung als „grundsätzlich unseriös“. Immerhin wurden 2019 „öffentliche Gelder von in Summe 2,15 Mrd. Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet“, so Maier. Das waren um 2,4% oder 51 Mio. Euro mehr als 2018. Zudem verwies er auch auf die vorgezogenen Maßnahmen zur Steuerentlastung.

Holzpreisverfall wegen hoher Schadholzmengen

Nach Rekordwerten beim Schadholz 2018 waren letztes Jahr neuerlich Spitzenwerte aufgrund extremer Wetterereignisse und Borkenkäferkalamitäten zu beklagen. Der Holzeinschlag betrug rund 18,90 Mio. Erntefestmeter und lag damit um 1,5% unter dem Vorjahr und um 5,6% über dem zehnjähri-

gen Durchschnitt. Die Preise der forstwirtschaftlichen Erzeugnisse lagen um 7,9% unter denen von 2018. Der forstliche Produktionswert ging daher um mehr als 10% zurück.

Für heuer geht das BMLRT mit weiteren Einkommensverlusten im Wald aus, so Maier. Wie die Einkünfte in den einzelnen Betriebszweigen 2020 wirklich aussehen, wird erst der nächste Grüne Bericht zeigen, so der BMLRT-General. Zudem müsse man auch die positiven Auswirkungen der von der Politik auf den Weg gebrachten Entlastungsmaßnahmen abwarten. Immerhin hätten die Land- und Forstwirte mit der Gewinnglättung nun ein brauchbares Instrument in der Hand, um wirtschaftliche Einbußen auf drei Kalenderjahre aufzuteilen.

Leopold Th. Spanring

Bayrisches Wochenblatt, Josef Koch, 16. 9, online

UBV wehrt sich gegen Vorwurf „unseriös“ zu rechnen

Der UBV reagiert auf den Vorwurf „unseriöser Berechnungen“. Das Ministerium nimmt dazu Stellung.

Die Reaktion des Unabhängigen Bauernverbands (UBV) auf die Aussage des Generalsekretärs im Bundesagrarministerium Gernot Maier hat nicht lange auf sich warten lassen. Maier bezeichnete die UBV-Rechnung zur Einkommensentwicklung der österreichischen Bauern „als grundsätzlich unseriös“. Wie das Wochenblatt berichtete, stagnierten die Einkommen im vergangenen Jahr bei 27 966 Euro. Laut UBV bedeute das bei 12 Raten einen Monatslohn von lediglich 916 Euro. Der UBV weist die „unqualifizierte Aussage von Herrn Maier“ entschieden zurück. Laut UBV hat Maier von den Problemen und den desaströsen Einkommen der Land- und Forstwirte keine Ahnung oder will keine haben.

Mehr öffentliche Mittel gezahlt

Maier betonte bei der Vorstellung des Grünen Berichts, dass 2019 öffentliche Gelder von 2,15 Mrd. Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet wurden. Das wären um 2,4 % oder 51 Mio. Euro mehr als 2018. Zudem verwies er auf die vorgezogenen Maßnahmen zur Steuerentlastung. Nach Auffassung des UBV ist der „Wirt-

schaftsbund Gesandte Maier“ offensichtlich der Meinung, die Bauern hätten still zu sein, weil sie so „viel Geld“ bekommen würden. Die unabhängige Berufsvertretung moniert zudem, dass sich die Bauereinkommen seit Jahren nur im Rückwärtsgang entwickelten. Ebenso gebe es keine Abgeltung der Inflation für die Erzeugnisse der Land- und Forstwirte und die Kaufkraft für diese Produkte sei damit seit dem EU-Beitritt um bis zu 90 % gesunken. Dies alles scheint Maier „genauso fremd zu sein, wie der Umstand, dass die Steuern durch die ÖVP Regierung deutlich gestiegen sind“, so der UBV.

Der Bauernbund bezeichnete die Einkommenssituation für die bäuerliche Berufsgruppe als „nicht zufriedenstellend“. Nach dessen Meinung waren die Steuerentlastungen der Regierung dringend notwendig.

Blockade bei Herkunftskennzeichnung?

Der UBV stellt nun öffentlich unter anderem die Fragen, wie hoch aus der Sicht des Generalsekretärs Maier das durchschnittliche Einkommen eines Land- und Forstwirtes sein soll-



UBV-Bundesobmann KR Karl Keplinger

te und weshalb der Wirtschaftsbund die Produkt-Herkunftskennzeichnung insbesondere in der Gastronomie blockiere? Zudem will der Verband wissen, wie sich die genannten 2,15 Milliarden konkret zusammensetzen. Laut UBV-Präsident Keplinger sollte der Generalsekretär auch öffentlich darlegen, wie hoch das Budget des Ministeriums für den Bereich Land- und Forstwirtschaft ist und wie viel Prozent diese Budgets direkt bei den Land- und Forstwirten ankommen.

Was das Ministerium dazu sagt

Auf Nachfrage des Wochenblatts heißt es dazu aus dem Wiener Ministerium, man konzentriere sich bei der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung, die im Regierungsprogramm verankert ist, zunächst auf verarbeitete Produkte und die Gemeinschaftsverpflegung, damit setzt man zuerst bei der Industrie und in den Großküchen an, wo große Mengen abgesetzt würden. Das zuständige Gesundheitsministerium sei jetzt gefordert bis 2021 Vorschläge zu liefern. Der Regierung sei die schlechte Einkommenssituation sehr wohl bewusst. So habe sie in den vergangenen Jahren verschiedene Entlastungs- und Investitionspakete im Bereich der Sozialversicherung, aber auch im Bereich der Absatzmärkte geschnürt, die ab 2020 schlagend werden und das Einkommen verbessern sollen, so ein Sprecher des Agrarministeriums. Die detaillierten Zahlen der öffentlichen Mittel seien zudem im Grünen Bericht enthalten und auch online transparent einsehbar.

Unsere Anträge

**Oberösterreich,
1. Halbjahr,
Sitzung am 24. Juni 2020**



Der UBV fordert,...

... eine höhere GAP-Prämie aus der Säule 1 für die ersten 30 Hektar Landwirtschaftliche Nutzfläche zu gewähren.

Ja: UBV, Grüne, SPÖ- und FP-Bauern

Nein: BB (außer KR Ing. Franz Leitner, er stimmte für diesen Antrag)

... in der neuen GAP-Periode gekoppelte Prämien für Mutterkühe, Rindermast, sowie Lamm- und Kitzfleischproduktion von 200 Euro pro GVE und Hektar einzuführen. Vorgabe: mindestens 0,5 GVE max. 2 GVE je Hektar (ohne Almflächen).

Ja: UBV, SPÖ- und FP-Bauern

Nein: Grüne und BB (außer KR Ing. Franz Leitner, er stimmte für diesen Antrag)

... die bestehende Tierwohlprämie bei Strohhaltung in der neuen GAP-Periode auf 300 Euro pro GVE zu erhöhen und auch für Kälber und weibliche Rinder zu gewähren.

Ja: UBV, Grüne, SPÖ- und FP-Bauern;

Nein: BB (außer KR Ing. Franz Leitner, er stimmte für diesen Antrag)

... Biobetriebe, die aufgrund der bestehenden BIO-Verordnung aussteigen müssen, eine Überbrückungshilfe bis zur neuen GAP aus Nationalen Mitteln zu gewähren.

Einstimmig angenommen

... die derzeitigen Stromprojekte im Mühl- und Innviertel sowie in Kirchdorf zu stoppen und neu

zu bewerten. Neue Studien und die Klimaveränderung machen es notwendig, einer Verkabelung von Hochspannungstrassen den Vorrang zu geben.

Ja: UBV, Grüne, SPÖ

Nein: FP-Bauern und BB (außer KR Ing. Franz Leitner, er stimmte für diesen Antrag)

... neuen Handelsabkommen keine Zustimmung zu geben, bei denen die Landwirtschaft in Folge finanziellen Schaden erleidet.

Einstimmig angenommen



KR Klaus Wimmesberger

... die Bauarbeiten an der Starkstrom-Freileitung von Ried nach Raab aufgrund der noch offenen letztinstanzlichen Urteile der Höchstgerichte sofort einzustellen. 75 % der Grundeigentümer wurden enteignet, obwohl es realisierbare Alternativen zur Zielerreichung gibt!

Ja: UBV

Nein: Grüne, SPÖ, FP-Bauern und BB (außer KR Ing. Franz Leitner, er stimmte für diesen Antrag)

... dass die Sozialversicherungsbeiträge der Bauern für das Jahr 2020 zu einem Viertel vom Land und zu drei Viertel vom Bund übernommen werden. Weiters werden die Kammerfunktionäre Stammler, Graf und Langer-Weninger aufgefordert, im Nationalrat bzw. im Landtag den entspre-

chenden Antrag umzusetzen.

Ja: UBV

Nein: BB, Grüne, SPÖ- und FP-Bauern

... ein Importverbot auf Lebensmitteln umzusetzen, deren Rohstoffe (Milch, Fleisch, Eier, Gemüse und Obst) nicht nach den österreichischen Produktionsstandards (Tierschutz, Tierarzneimittelanwendung, Pflanzenschutzmittelgesetz, gentechnik-, glyphosat- und hormonfrei) erzeugt werden.

Ja: UBV, Grüne, SPÖ- und FP-Bauern

Nein: BB (außer KR Ing. Franz Leitner, er stimmte für diesen Antrag)

... dass auch in Zukunft tierhaltende Betriebe Gülle und Jauche in bisher gewohnter Form ausbringen können.

Ja: UBV und FP-Bauern

Nein: BB, SPÖ und Grüne

Niederösterreich



Der LLWK-Vollversammlung am 29. Juni 2020 in St. Pölten lagen die folgenden Anträge zum Beschluss vor:

Antrag 1 Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die öffentliche Hand

Die wirtschaftliche Lage der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist seit Jahren mehr als angespannt. Jetzt haben uns zusätzlich die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen hart getroffen. Die Bundesregierung hat allen Branchen die volle Unterstützung zugesagt.



Daher fordert die Vollversammlung der LLWK N.Ö. die Übernahme der bäuerlichen Sozialversicherungsbeiträge 2020 durch den Staat.

Antrag 2 Gesetzliche Verankerung der Eigenverantwortung

Bei der freiwillig gestalteten Nutzung von Privateigentum darf es doch nicht sein, dass der Eigentümer bei Unfällen zur Rechenschaft gezogen werden kann. Wenn Personen private Grundstücke wie Almen oder Wälder betreten, müssen diese für etwaige Schäden an Menschen, Gegenständen und Tieren selbst haften.

Daher fordert die Vollversammlung der LLWK N.Ö.

- Aus Anlass des bestehenden „Almen-Urteils“ in Tirol fordert die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Niederös-

terreich die Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Sebastian Kurz und Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus Elisabeth Köstinger sowie sämtliche Fraktionen im gesetzgebenden Nationalrat auf, die Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in freier Natur aufhalten und bewegen, grundlegend gesetzlich zu stärken und insbesondere jene Paragraphen wie jenen des ABGB §1320 dahingehend dringend zu novellieren.

- Obige Gesetzesänderungen sind eine zwingend erforderliche Voraussetzung, damit Almen in Gegenwart und Zukunft wieder für Grundeigentümer und Bewirtschafter sicher und zugleich für Sportler, Erholungssuchende und Touristen „offen“ gehalten werden können.

Antrag 3 Reformierung des N.Ö. Landwirtschaftskammerwahlrechts

In den meisten Gemeinden ist es üblich, dass der Ortsbauernrat (BB) die Wahlberechtigung der Wähler/Wählerinnen erstellt. Auch wurde in mehreren Gemeinden keine Wählerverständigung mit Ort und Zeitpunktangabe zuge-

sandt, sodass diese Personengruppe sich selber erkundigen musste, bzw. gar nicht zur Wahl ging. Es gibt auch diesbezüglich keine einheitliche Vorgehensweise, wer und wie viele Personen von einem Betrieb wahlberechtigt sind. Die Bekanntgabe der Wahllokale und des Zeitpunktes muss im Interesse der Landwirtschaftskammer liegen. Die Wahldurchführung soll wie bisher von der Zuständigen Gemeinde erfolgen.

Daher fordert die Vollversammlung der LLWK N.Ö. folgende Anpassung des Kammerwahlrechtes

Stimmberechtigt ist nur,

- wer Kammerumlage oder Sozialversicherungsbeiträge der Bauern einzahlt
- 1 Kind als Betriebsnachfolger
- Maximal ein Stimmrecht pro Person
- Die pensionierten Betriebsübergeber

Die örtlichen BBK müssen die wahlberechtigten Personen über die Wahllokale und den Zeitpunkt der Wahl informieren. Die Durchführung der Stimmabgabe obliegt weiterhin den Gemeinden.

Vom Bauernbund wurden alle Anträge abgelehnt.

Leserbrief: Organische Dünger explodieren nicht!

Die Explosion von 2750 Tonnen Ammoniumnitrat in einer Lagerhalle in Beirut hatte die Sprengkraft von 1/10 bis 1/6 der Hiroshimabombe vom 6. August 1946. Ammoniumnitrat wird sowohl zur Herstellung von Sprengstoff als auch zur

Herstellung von Düngemitteln verwendet. Als Biobotschafter ist es mir ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass im biologischen Landbau die Verwendung von Ammoniumnitrat verboten ist. Wieder zeigt die biologische Landwirtschaft

ihre Überlegenheit gegenüber der chemisch industriellen Landwirtschaft, denn organische Dünger explodieren nicht.

*Georg SAMS
aus Neumarkt am Wallersee*

LK-Wahl in Oberösterreich

Die Vorbereitungen für die LK-Wahl laufen. Unser Credo: Unabhängigkeit und Überparteilichkeit müssen bei allen Aktivitäten im Vordergrund stehen. Aufgrund der Einkommenssituation in der Land- und Forstwirtschaft – 2011 lag das Jahreseinkommen der Bauern noch um 30 % höher als 2019 – fordert der UBV u.a. einen Inflationsausgleich, eine höhe-

re Flächenprämie für die ersten 30 ha sowie weniger Bürokratie. Eine weitere Forderung betrifft eine konsequentere Herkunftskennzeichnung und eine höhere Tierwohlprämie auch für weibliche Rinder. Weiteres stehen auf dem Forderungskatalog die Absenkung der Einheitswerte (insbesondere bei den Waldflächen, die von Sturm und Borkenkäfer betroffen

sind) und das Verhindern der Enteignung der Grundbesitzer bei Enteignungen, z.B. für Trassen bei der Neuanlage von Stromleitungen. Weiters fordert der UBV eine Anhebung der Bäuerinnenpensionen und wegen der Corona-Pandemie die Übernahme der SV-Beiträge für ein ganzes Jahr. Weitere Fotos von den Bezirkstreffen findest du auf www.ubv.at



Die UBV-Bäuerinnen des Bezirkes Schärding mit der Bäuerinnenbeirätin des Bezirkes Diana Nöbauer (8. von rechts), der Bäuerinnenbeirätin auf Landesebene Ilse Feldbauer (3. von rechts).



Ein motiviertes und dynamisches Team: Die Jungen Unabhängigen im UBV, Bezirksgruppe Schärding.



Der UBV stellt diesmal auch einen Kandidaten für den Bezirksbauernkammerobmann und dessen Stellvertreter.

Landesverband Tirol ist gegründet



Landesobmann Alfred Enthofer und Kassier Alois Klammer

Das Gründungskomitee hat erfolgreich gearbeitet (s. Ausgabe vom Dezember 2019) und den Landesverband offiziell das Licht der agrarpolitischen Bühne erblicken lassen. Folgende aktive Landwirte werden nun unabhängig von Parteiinteressen die wahren Interessen ihrer Standeskollegen im Land vertreten:

Alfred Enthofer aus Strass fungiert als Landesobmann und Stefan Werlberger aus Bruck

vertritt ihn. Um das Schriftliche kümmert sich Birgit Hotter aus Ried im Zillertal und um das Finanzielle sorgt sich Alois Klammer aus Strass. Den Ausschuss bekleiden Hans-Peter Maier aus Kramsach, Martin Lederer aus Brixlegg, Michael Kröll aus Mayrhofen, Albin Wegscheider aus Oberhofen, Michl Larch und Jakob Fischler aus Strass.

Kaum gegründet, wartet auf das Team schon eine Menge Arbeit:

Bereits am 21. März 2021 wird in Tirol die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer neu gewählt. Der UBV ist in diesem Teil der Republik noch ziemlich unbekannt. Um gut im nächsten Bauernparlament vertreten zu sein, bedarf es einer gründlichen thematischen Vorbereitung und einer guten Vorbereitung der Wahlkampfaktivitäten.

Spitzenthemen sind auf jeden Fall Landwirtschaft und Tourismus – man denke nur an das bekannte Almurteil – und die Tatsache, dass es auch in Tirol die Bauern leid sind, nunmehr von der in vielen Generationen aufgebauten Substanz leben zu müssen. Hier herrscht Handlungsbedarf, und der Landesverband Tirol freut sich auf solidarische Unterstützung und Erfahrungstransfer aus den Bundesländern, die erst vor Kurzem eine Wahlschlacht geschlagen haben.

Wir wünschen dem neuen Landesvorstand viel Glück und Erfolg und einen guten Start in die Wahlvorbereitungen!

Kandidaten für Rohrbach nominiert

UBV OÖ

Als Fixkandidaten für die Landesliste wurden ÖR Karl Keplinger und Herbert Pühringer nominiert. Als Spitzenkandidaten für den Bezirk Rohrbach werden die Biobauern Johannes Winkler und Stefan Stadlbauer kandidieren.





Weitere Bezirkstreffen

*Auch die Mitglieder des Bezirkes **Freistadt** bereiten sich auf die kommende LK-Wahl vor. Die Kandidaten werden Ende Oktober bekannt gegeben.*



*UBV Bezirksgruppe **Grieskirchen**: KR Kaus Wimmesberger aus Pram stellt sich als Kandidat für den Bezirksbauernkammerobmann und Martin Auinger aus Natternbach als Stellvertreter zur Wahl.*

Was sie nicht wissen sollen

Obwohl das Mitteilungsblatt der NÖ Landwirtschaftskammer „Die Landwirtschaft“ monatlich alle Kammermitglieder erreicht, wissen die wenigsten, was ihre Vertreter in der Landwirtschaftskammer wirklich tun. Es gibt in dieser Zeitung keine Information, keine Zeile darüber, wer welche Anträge stellt und wie die beiden Fraktionen Bauernbund (BB) und Unabhängiger Bauernverband (UBV) über etwaige Anträge abstimmen. In der vom Bauernbund dominierten bäuerlichen Berufsvertretung herrschen strenge Schweigepflichten (§ 39 LK-Gesetz), die offensichtlich der Aufrechterhaltung der bestehenden Machtstrukturen gehören. Die Zwiespältigkeit und die inneren Widersprüche dieser von der Parteipolitik maßgeblich beeinflussten Ständevertretung dürfen – so scheint es – für die bäuerliche Wählerschaft

keinesfalls sichtbar werden. Wenn Bauernkammerräte-Berufsvertreter parteipolitische Funktionen ausüben, wenn der Kammerpräsident in Personalunion mit der Funktion eines Nationalrates unter Clubzwang auch parteipolitische Interessen zu vertreten hat, dann bringt das schwerwiegende Interessenskonflikte, die ein konsequentes Agieren in der Landwirtschaftskammer im Interesse des Berufsstandes verhindern. Dann werden bei berufsständischen Entscheidungen vielfach die beruflichen Interessen den parteipolitischen Interessen untergeordnet (geopfert), wie das folgende Beispiel zeigt: Bei der am 29. Juni 2020 anberaumten Vollversammlung der Landwirtschaftskammer NÖ beantragte der UBV aus Anlass des bestehenden „Almen-Urteils“ in Tirol eine gesetzliche Verankerung der Eigenverantwortung

(Novellierung des § 1320 ABGB) – weil nicht sein darf, dass Grundeigentümer bei derartigen Unfällen zur Verantwortung gezogen werden, so die Begründung. Mit dem Hinweis auf die angespannte wirtschaftliche Lage in der Land- und Forstwirtschaft wurde in einem weiteren Antrag die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge 2020 durch den Staat gefordert. Auch eine Reformierung des NÖ LK-Wahlrechts wurde beantragt. Alle drei UBV-Anträge wurden von der Bauernbund-Mehrheit abgelehnt. Ohne Dialog bzw. ohne den gesetzlich verpflichtenden kammerinternen Interessenausgleich wird jeder Mehrheitsbeschluss zum Diktat. Wenn wundert es da noch, dass bei Landwirtschaftskammerwahlen der prozentuelle Anteil der Nichtwähler immer größer wird!

Erich Zahnt, Gaming

Landwirtschaft – was mir dazu gerade einfällt

Strukturwandel, Einkommensrückgang, Preisverfall, mangelnder Respekt ... sind wir noch gewollt? Ja sieht man unseren gesellschaftlichen Beitrag noch?

Strukturwandel in der Landwirtschaft: Das ist ein Begriff, der das systematische Enteignen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in unseren Breiten umschreibt. Dabei meine ich einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, wenn dieser vornehmlich durch die Familie betrieben wird.

Heute ist alles der Strukturwandel: Das Ansiedeln von Wolf, Bär, Fischotter, Biber usw., das Fahren mit dem E-Bike bis zum Gipfelkreuz; das Wandern, Laufen, Radfahren auf allen Wegen, Straßen, Almen und Wäldern. Die Bespaßung der Bevölkerung zu Lasten der Grundstückseigentümer muss ein Ende haben! Man stellt sich die Frage, ob Landwirtschaft hier noch gewollt ist, denn es fehlt an jeglicher Akzeptanz und an Respekt. Es muss ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden und wir brauchen klare Regeln zum Schutz unserer Kulturlandschaft.

Es wird nicht einfacher

Es wird den Landwirten in den letzten 15 Jahren bei nachweislich sinkendem Einkommen immer mehr Bürokratie und finanzielle Belastungen aufgebürdet. Wir haben kein Verständnis in der Öffentlichkeit, und auch unsere Vertretung und politischen Verantwortlichen bewirken nichts außer als uns in unserer Arbeit noch mehr zu behindern.

Es geht um die Landwirtschaft als Gesamtes

Wir benötigen mehr Verständnis für unsere Arbeit. Wir Landwirte kommen unseren Pflichten nach, dies erwarten wir auch von den öffentlichen Institutionen und vor allem von unserer Vertretung. Ich glaube die „Ergebnisse“ sprechen für sich!

Natürlich ist es möglich mit Nischen von der Landwirtschaft zu leben, was uns von unserer Vertretung immer präsentiert wird. Man muss aber klar sagen, dass dies Nischen sind und die so propagierten Vorzeigebetriebe nicht nur den Betriebszweig und die Betriebsgröße bekannt geben, sondern die gesamten Betriebszahlen veröffentlichen sollten, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie es den Betrieben wirklich geht.

Wertschöpfung wieder erhöhen

Wir müssen dafür kämpfen, um unsere klein strukturierte Landwirtschaft, die von unseren Vorfahren geprägt ist und der wir alle sehr verbunden sind, auch weiter so zu erhalten. Es muss uns ein Anliegen sein, mit Fleiß und ehrlicher Arbeit und nicht über Masse vernünftige Preise zu erzielen. Die Betriebe, die im Vollerwerb sind, versuchen mit Wachsen den Preisdruck auszuhalten. Das Wachsen ist aber auch in Bezug auf den Arbeitsaufwand umzulegen. Hierbei sieht man vermehrt die Betriebe an der Grenze des

menschlich Möglichen. Die haben eine Wochen-Arbeitszeit, die das Doppelte oder noch mehr als in der normalen Wirtschaft beträgt. Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft ist leider schon lange viel zu niedrig und muss wieder auf ein einträgliches Niveau gebracht werden.

Gewollt wird die momentane Entwicklung anscheinend von unserer Politik, um an Grund und Boden zu kommen. Die meisten Käufer sind Großindustrielle oder Leute, denen der Bezug zur Landwirtschaft fehlt. Die meisten Personen, die derzeit Kulturlandschaft erwerben, verfolgen nicht die Interessen, die der Landwirtschaft entsprechen.

Landschaft erhalten

Es geht darum, unsere bestehenden Strukturen und Lebensweisen nicht so zu verändern, dass es am Ende in unseren Breiten keine Landwirtschaft mehr gibt, dass wir die Lebensmittel künstlich erzeugen, oder die Versorgungssicherheit nicht mehr gegeben ist!

Man kann so viele Punkte aufzählen, wo wir von der Normalität weit entfernt sind. Für diese Normalität und Akzeptanz lohnt es sich, für unsere schöne und so erhaltenswürdige Landschaft zu kämpfen.

Georg Gradnitzer, Ferndorf

Zum Gedenken



Sehr betroffen und sehr traurigen Herzens müssen wir von unserem Landes-Vorstandsmitglied beim UBV Niederösterreich, Franz Wiesbauer, Abschied nehmen. Mit Franz geht ein ganz besonderer Mensch, herzensguter Familienvater und leidenschaftlicher Bauer viel zu früh den Weg voraus, welchen wir alle einmal gehen müssen. Wir möchten in dieser schweren Stunde seiner Familie unsere aufrichtige Anteilnahme sowie unser Mitgefühl zum Ausdruck bringen!

Im Jahr 2006 überreichte Landeshauptmann Erwin Pröll Manfred Frey das „Goldene Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“. »

Dr. Manfred Frey wurde 80

1940 wurde er in Joslowitz in Südmähren als jüngster von drei Brüdern geboren, 1945 ist die deutschsprachige Familie vertrieben worden. Im Februar dann übersiedelte er mit der Familie nach Wien, nach Leopoldau, weil es dort eine Landwirtschaft zu pachten gab. Manfred Frey studierte Jus und promovierte mit nur 22 Jahren mit Auszeichnung.

Damit begann seine Karriere in der Finanzverwaltung, in Hetzmannsdorf wurde er dann Präsident der Finanzlandesdirektion, dieses Amt hatte er 17 Jahre inne, er sieht sich auch als den geistigen Schöpfer der Finanzpolizei.

Zusätzlich zu seinen beruflichen Verpflichtungen war er in Wullersdorf noch 5 Jahre Gemeinderat (1980-1985) und

Präsident des örtlichen Fußballvereins. Auch der Musik war er zugetan (Wagnerfan), ihm zu Ehren komponierte Willibald Kallinger den „Präsident Frey-Marsch“.

Besonders hervorzuheben ist, dass Dr. Frey einige Jahre sehr erfolgreicher Geschäftsführer des UBV war. In seiner Ära entstand das Buch „Auf Bauer wehr dich“, er organisierte auch die Finanzierung über die Sepp-Hintermeyer-Stiftung, so dass dem UBV keine Kosten entstanden.

Wir wünschen dem Jubilar noch viele glückliche Jahre im Kreise der Familie und seiner Freunde und dass sich sein Entschluss, 100 Jahre zu erreichen um die Enkel heranwachsen zu sehen, erfolgreich umsetzen lässt.



Foto: Privat



Das von Dr. Frey initiierte Buch ist im Stocker Verlag erschienen
ISBN 978-3-7020-1206-9

Walter F. Kalina

AUF BAUER - WEHR DICH!

**Der Allgemeine Österreichische Bauernverband –
die Agrarrebellanten der Zweiten Republik**

522 Seiten, 183 Abbildungen, Hardcover

€ 39,90

UBV-Studienreise nach Polen

29. März - 1. April 2021

Programm

1. Tag – Montag, 29. März 2021

- Abfahrt frühmorgens ab Wels (Zustiegstellen entlang der Route)
- Fahrt nach Polen (Linz–Krakau: ca. 650 km), Mittagessen entlang der Strecke (fakultativ)
- Treffen mit der einheimischen, deutschsprachigen Reiseleitung und Stadtrundgang durch die Innenstadt Krakaus. Krakau ist eine der wenigen polnischen Großstädte, die weitgehend von den Kriegszerstörungen verschont blieb.
- Besichtigung der Marienbasilika. Die Marienkirche, erbaut im gotischen Stil, ist eines der Wahrzeichen von Krakau.
- Abendessen und Nächtigung in Krakau

2. Tag – Dienstag, 30. März 2021

- Treffen mit Vertretern der Landwirtschaftskammer oder des Bauernverbandes – Vortrag über die Landwirtschaft in Polen und Möglichkeit zur Diskussion.
- Mittagessen
- Besichtigung eines Ackerbauzentrums im Umland von Krakau. Im Ackerbauzentrum werden Weizen, Gerste, Hafer,

Futtermühen und verschiedene Futtergräser angebaut. Die Anlage verfügt über ein eigenes Forschungslabor.

- Abendessen und Nächtigung in Krakau

3. Tag – Mittwoch, 31. März 2021

- Besichtigung eines gemischten landw. Betriebes.

Auf dem 1017 ha großen Betrieb sind etwa 70 Mitarbeiter beschäftigt. Die Produktionszweige umfassen Rinderzucht, Milchwirtschaft, Fischzucht, Getreide- und Sojaanbau.

- Mittagessen
- Besichtigung der Salzmine in Wieliczka. Sie repräsentiert Tradition und Geschichte aus mehreren Jahrhunderten und ist eine unterirdische Stadt mit einer ausgebauten Infrastruktur. Die Salzmine ist ein Ergebnis vieler Generationen von Bergleuten und ein Denkmal der Geschichte Polens sowie der polnischen Nation. Besucher können auf einem geführten Rundgang die imposanten Salzstatuen bewundern und auch die Kapelle und einen unterirdischen See besichtigen.
- Abschiedsessen in einem traditionellen Wirtshaus mit Folklore-Musik

- Nächtigung in Krakau

4. Tag – Donnerstag, 1. April 2021

- Besichtigung eines Milchviehbetriebes entlang der Strecke
- Mittagessen
- Heimreise, Ankunft am späten Abend

Programmänderungen vorbehalten

Leistungen

- Rundreise im Reisebus lt. Programm (inkl. MwSt., Mauten, Steuern und Gebühren im In- und Ausland)
- 3 x Nächtigung/Frühstück im Novotel Krakau City West
- 3 x Mittagessen, 3 x Abendessen
- Gebühren für die landw. Betriebsbesichtigungen
- Einheimische, deutschsprachige Reiseleitung

Preis pro Person

ab 25 Reiseteilnehmer:

720 Euro

Einzelzimmerzuschlag:

130 Euro

Anmeldeschluss:

5. Februar 2021

Buchung unter 0650 26 24 245 oder office@ubv.at



Beitrittserklärung

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhängigen Bauernverband**“, Landesverband bei und erkläre mich hiermit bereit, diesen mit einem jährlichen Beitrag von 1 Promille des Einheitswertes bzw. mit mindestens 30 Euro bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Vor- und Zuname:

Adresse: Bezirk:

Tel.: Handy:

E-Mail:

Ich stimme zu, dass meine oben angeführten Daten vom Unabhängigen Bauernverband zum Zwecke des Sendens von Informationen gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich kann diese Einwilligung jederzeit widerrufen.

Datum: Unterschrift:

Ich erhalte die „**Unabhängige Bauernzeitung**“ (UBZ) kostenlos
(nach Einzahlung von mindestens 30,- Euro/Jahr).

Bitte einsenden laut Bundesland oder per E-Mail an office@ubv.at; Tel.: 0650 26 24 245:

NÖ, BGLD, Wien: Karl Kummer, Au 12, 3683 Yspertal, 0676 7122 951

OÖ, KTN, Tirol, VBG: Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting, Tel.: 0664 2540 898

Salzburg: Stefan Weiß, Unterlangenberg 86, 5431 Kuchl

STMK: Martin Brauchart, Saggau 1, 8453 St. Johann im Saggautal **www.ubv.at, office@ubv.at**

Veranstaltungen

8. Dezember 2020

UBV OÖ Landesverbandstag 2021
in Peuerbach

29. März - 1. April 2021

Exkursion nach Polen

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden? Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing, Sanierung bietet **Finanzmanagement**
Tel: +43 677-6120 1934
Kredite privat und gewerblich ab 0,5 % p.a. variabel, abhängig von der Bonität

Aufgrund der bisher durchgeführten Beratungen konnten sich UBV-Mitglieder bis zu 110.000 Euro an Zinsen ersparen!

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill. Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

MZ 02Z030371 M P.b.b.
Verlagspostamt: 8000 Graz

Drucken
in Graz



Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz
T (0316) 68 52 55 | www.rehadruck.at

RehaDruck
sozialfair

Retouren bitte an:
Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting